

„Politik wächst von unten“

RZ-Interview mit Mechthild Rawert, MdB

In der laufenden Legislaturperiode betreut Mechthild Rawert als SPD-Bundestagsabgeordnete den Wahlkreis Reinickendorf. Die RZ sprach mit ihr über ihre Arbeit für Reinickendorf, über aktuelle politische Fragen und über die anstehenden Wahlen in Berlin.

RZ: Wie gestaltet sich die Betreuung des Wahlkreises Reinickendorf bei der Arbeit als Bundestagsabgeordnete?

Rawert: Seit der Bundestagswahl 2009 bin ich für die Bürgerinnen und Bürger in Reinickendorf die sozialdemokratische „Wahlkreisbetreuerin“. Als SPD-Bundestagspolitikerin sehe ich hier als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Ich habe dafür gesorgt, dass ich auch erreichbar bin. Zusammen mit Brigitte Lange und Jörg Stroedter - beide Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus - habe ich im SPD-Kreisbüro am Waidmannslust Damm ein Büro eingerichtet. Wer mich dort besuchen möchte ist herzlich willkommen. Darüber hinaus besuche ich laufend Einrichtungen im Bezirk - zuletzt im AWO-Gartenhaus die Reinickendorfer Seniorenvertretung. Ich organisiere beziehungsweise nehme teil an Veranstaltungen von Kollegen und Kolleginnen wie beim „Dialog Gesundheit“ mit Jörg Stroedter, war bei Neujahrsempfängen oder zusammen mit Andreas Höhne beim Stammtisch der IG Bau, bin bei Stadtteilstellen usw..

RZ: Welche wichtigen Themen und Entscheidungen stehen denn nach der Sommerpause im Deutschen Bundestag an?

Rawert: Zunächst einmal erwarte und fordere ich von der Bundeskanzlerin, dass sie das Parlament umfassend und zügig darüber aufklärt, was sie zu den großen Fragen Europa und Finanzen zu tun gedenkt. Wir sind schließlich die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter und sollen über die Erweiterung des EU-Rettungsschirmes beraten und entscheiden. Was ist mit der Finanztransaktionssteuer? Was

ist mit den Eurobonds? Über wie viele Milliarden Euro reden wir eigentlich für Deutschland? Was ist mit den Rechten des Deutschen Bundestages?

Zum normalen Jahresprogramm im Bundestag gehört, dass wir in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause die erste Lesung zum kommenden Bundeshaushalt haben, also jetzt für 2012. Und: Wir erwarten im September ja auch noch das Staatsoberhaupt des Vatikan, Papst Benedikt XVI..

Als Gesundheitspolitikerin stehen für mich große Themen an: Zum einen das Versorgungsgesetz, zum anderen die Pflegepolitik. Der Bundesgesundheitsminister hatte ja das Jahr 2011 vollmundig zum „Jahr der Pflege“ erklärt - an der Basis ist davon allerdings nichts zu bemerken. Das wird mir bei all meinen zahlreichen Besuchen vor Ort immer wieder schmerzhaft deutlich. Mir liegt sehr am Herzen, dass wir - gerade auch für junge Menschen - die Pflege- und Gesundheitsberufe attraktiver gestalten: Die Arbeitsbedingungen müssen sich verbessern, es bedarf der höheren gesellschaftlichen Anerkennung und besserer Bezahlung, die Ausbildungen müssen modernisiert werden.

Als stellvertretende Sprecherin der AG Gleichstellung kümmere ich mich um das brennende Thema „Entgeltdiskriminierung“ - also um die Herstellung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Zusammen mit meiner SPD-Bundestagsfraktion will ich auch in allen Bereichen eine Mindestquote von 40 Prozent für Frauen in Führungspositionen durchsetzen. Die vielen hochqualifizierten Frauen



Mechthild Rawert beim RZ-Interview

Foto: Borkenhagen

sind schon längst da. Und als stellvertretende Sprecherin der AG Migration/Integration arbeite ich zusammen mit vielen gesellschaftlichen Akteuren an der Weiterentwicklung unseres Anfang des Jahres beschlossenen Positionspapiers „Gleichberechtigt miteinander leben“. Eines ist klar: Integration ist eine soziale Frage. Vor allem in den Bereichen Bildung und Teilhabe muss mehr getan werden. Weiterhin liegt mir das Thema Inklusion, gleiche Rechte und Teilhabe für Menschen mit und ohne Behinderungen, sehr am Herzen.

RZ: Kann denn die SPD Honig saugen - also die Gunst der Wählerinnen und Wähler gewinnen - aus den allseits festgestellten Fehlern und Versäumnissen der schwarz-gelben Bundesregierung?

Rawert: O ja - die SPD saugt Honig vor allem natürlich aus der eigenen guten Politik, selbstverständlich aber auch aus Fehlern und Versäumnissen von Schwarz-Gelb. Aktuelle Umfragen wie etwa der Deutschland-Trend der ARD belegen sogar, dass die SPD mit den Grünen im Bundestag eine absolute Mehrheit hätte,

wenn jetzt Bundestagswahlen wären. Politik wächst von unten. Wenn wir auf die Bundesländer schauen, ist die SPD auch hier im Aufwind. In Baden-Württemberg wurde Schwarz-Gelb abgewählt. In Mecklenburg-Vorpommern liegen wir vorn. In Schleswig-Holstein hat die SPD seit Jahren erstmals wieder die CDU überholt. Und für die Berliner Wahl - mir als Berlinerin natürlich am wichtigsten - ist ganz klar: Die SPD wird stärkste Kraft. Das werden wir am 18. September sehen.

RZ: Alle Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus haben mit Blick auf den 18. September zu einem „Berliner Konsens“ zusammengefunden - zu einer gemeinsamen Erklärung gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen. Welchen Rat gibt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert?

Rawert: Diese Parteien - ProDeutschland, Die Freiheit oder NPD - auf keinen Fall wählen! Sie haben keine Lösungen. Sie spielen mit Ängsten in der Bevölkerung. Die RassistInnen und Menschenfeinde von der NPD erschrecken vor nichts zurück und nehmen den Tod von Menschen billigend in Kauf. Das haben die hinterhältigen Brandanschläge auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Neukölln und weiteren links-alternativen Häusern gezeigt. Ich verurteile diese Taten auf das Schärfste.

Ich begrüße diesen „Berliner Konsens“, der aufruft, solche extremen Parteien nicht zu wählen. Berlin ist eine von Einwanderung geprägte Stadt. Und wir sollten uns immer vor Augen halten: Mehr als die Hälfte der Berliner Bevölkerung gehören überhaupt keiner Religionsgemeinschaft an. Ich selbst bin katholisch und sage: Jeder Mensch hat das Recht auf Zugehörigkeit zu und Ausübung einer Religion. Selbstverständlich auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Und auf diesem Boden stehen Protestanten, Muslime, Juden, Buddhisten und andere genau so wie ich.

Carmens Kuchen für Kleingärtner

Mitte August feierte die „Kolonie am See“ in Reinickendorfs Norden ihr Sommerfest - gemeinsam mit der Baugenossenschaft „Reinickes Hof“, die ihr 90-jähriges Bestehen feiern konnte. Frauen und Männer der Kolonie hatten für das Fest 100 Kuchen gebacken. Wahlkreisbündlerin Carmen Regin brachte für das Sommerfest aus eigener Produktion eine Mandarinen-Schmandtorte mit. Hier Carmens altes Familienrezept für diesen Kuchen:



Carmen Regin (r.) mit Schmandtorte

Foto: Weber

Für den Boden:

125 g Mehl - 65 g Margarine oder Butter - 50 g Zucker - 1 Ei - 2 Löffel Backpulver

Für die Füllung:

½ l Milch - 3 Pakete Vanillepudding - 4 Becher Schmand
150 g Zucker - 3 kleine Dosen Mandarinen - 2 Tüten roter Tortenguss

Euro-Krise

Dieter Dressel diskutiert

Besucherandrang im Kulturhaus Centre Bagatelle: Mehr als 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger - darunter zwei Schulklassen - diskutierten am 31. August mit dem Abgeordnetenhauskandidaten für den Wahlkreis 6 Hermsdorf/ Frohnau, Dieter Dressel, und Prof. Klaus Tolksdorf von der Hochschule für Wirtschaft und Recht über die Finanzkrise in Europa.

Den strachehenden EU-Mitgliedern brachiale Sparprogramme zu verordnen, sei der völlig falsche Weg, sagte Dressel. Vielmehr sollten die herrschenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Euroländer ausgeglichen werden. Eine gemeinsame Strategie im Hinblick auf die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik sei dringend von Nöten.

Fragen aus dem Publikum betrafen vor allem den Umgang mit Griechenland und die Funktionsweise von Finanzmethoden wie dem Schuldenschnitt. Auch der Sinn von Rating-Agenturen wurde diskutiert, wobei Prof. Tolksdorf betonte, dass diese Institutionen nötig seien, um seriöse Bewertungen von Anleihen vorzunehmen. Dieter Dressel und die SPD sind für den Ausbau des Euro-Rettungsschirms, die Einführung von Eurobonds und eine aktive Struktur- und Regionalpolitik - damit die Krise des Euro nicht zu einer dauerhaften Krisenstimmung in Europa führt.

Stephanie Behrens

Neustart: Förderkreis Familienfarm



Peter Senftleben - neuer Vorsitzender des Förderkreises Familienfarm Lübars Foto: Borkenhagen

Der „Förderkreis Familienfarm Lübars“ hat einen neuen Vorsitzenden: Peter Senftleben, bis Ende März stellvertretender Bezirksbürgermeister von Reinickendorf und Stadtrat für Familie und Jugend. Die Mitgliederversammlung des Förderkreises wählte Senftleben im Juli einstimmig zum Nachfolger von Regine Koch, die im November 2010 verstorben war. Zum Stellvertreter Senftlebens bestimmten die Mitglieder den langjäh-

rigen Bezirksverordnetenvorsteher Winfried Pohl. Schatzmeister wurde Stefan Schütz. Als Beisitzer wurde Klaus Lichtenstein gewählt.

Ulrike Schütz blieb wie bisher Schriftführerin. Peter Senftleben bekräftigte in seiner Antrittsrede den Willen, mit dem Förderkreis weiterhin intensiv für die Existenz der beliebten Familienfarm zu arbeiten, die stets auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist.

Soll sich was ändern in Berlin?

Gedanken zur Wahl am 18. September

Irgendwie macht es mir Sorge, dass sich was ändert, anders herum: Es soll sich ja auch was ändern. Aber was soll sich ändern, damit ich mir keine Sorgen mache? Da denke ich an bezahlbaren Wohnraum, anständigen Lohn für Arbeit (Mindestlohn), Ausbau und Förderung von Kindergärten und Schulraum mit Chancengleichheit für alle. Und natürlich weiter kostenlosen Zugang zu den Universitäten, aber auch Altern in Würde, auch bei kleiner Rente.

Das könnte Ziel sein - vor solchen Änderungen habe ich keine Sorge.

Angst machen mir jene, die mit starken Sprüchen daherkommen, die aufräumen wollen. Mit ihren „Law and Order“-Parolen wollen sie uns vortäuschen: So wird alles besser. Nun ja, der Berliner ist helle, der riecht den Braten.

Ob so mein Ziel aussieht? Da habe ich eher Bedenken. Mit etwa 20 Prozent wird uns Herr Henkel als Regierender Bürgermeister erspart bleiben.

Dann gibt es ja noch - die Betonung liegt auf noch - die FDP (Prognose derzeit 3 - 4 Prozent, die bundesweit nur ein Thema hat: Steuern senken. Die 5-Prozent-Hürde wird es richten, eine deutsche „Tea-Party“ ist wirklich nicht erforderlich.

Alles andere würde mir wieder Sorge bereiten.

Grün ist zwar die Hoffnung in der Volkswirtschaft, aber nicht unbedingt in der realen Welt. Jetzt liegen die Umfragen bei 22 Prozent, aber bis zum 18. 9. ist noch etwas Zeit. Je länger der Atomunfall zurückliegt, desto mehr fallen die Werte. Verständlich, denn mit blankem Populismus allein wird es nichts werden.

Die Linke hat es ganz schwer, sogar im Ost-Teil der Stadt hat sie ihre Mehrheit verloren. Irgendeine andere kleine Partei zu wählen bringt sicher nichts, keine kommt über die 5-Prozent-Hürde.

Und wo sind Sie und Ihre Vorstellungen am besten vertreten? Wo wird am meisten auf Ihre Sorgen und Ängste eingegangen? Sie müssen es selbst herausfinden, ohne Emotionen und ohne Druck von außen.

Ich jedenfalls erwarte von Wowereit und den Sozis insgesamt mehr als von den Anderen, in Berlin und in Reinickendorf. Dieser Bezirk darf kein Erbhof der CDU bleiben.

Vielleicht finden Sie den einen oder anderen Gedanken von mir gar nicht so falsch.

Ich wäre froh darüber und mache mir dann viel weniger Sorgen um Berlin.

Klaus Jacobi

Klaus Wowereit im Kiez.
Berlin
9. September - ab 15 Uhr
Gorkistraßenfest
Alt-Tegel